



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Christian Hierneis, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kooperation statt Blockadehaltung: Ultrafeinstaub-Messungen endlich auch auf dem Gelände des Flughafens München durchführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in ihrer Rolle als Mehrheitsgesellschafterin der Flughafen München GmbH dafür einzusetzen, dass die staatlichen Messungen von Ultrafeinstaub auch unmittelbar auf dem Flughafengelände durchgeführt werden..

Begründung:

Rund um den Flughafen Frankfurt misst das Hessische Landesamt bereits seit 2015 das Aufkommen von Ultrafeinstaub (UFP). Seitdem wurde das Messnetz bereits mehrfach erweitert. Inzwischen gibt es sieben Messstationen, auch auf dem Flughafengelände selbst. Die Ergebnisse sind aussagekräftig: Der Flugbetrieb ist demnach eine bedeutende Quelle für ultrafeine Partikel und trägt bis zu einer Entfernung von mindestens 10 km deutlich zur Erhöhung der Konzentration im Umfeld des Flughafens bei. Je näher der Messstandort sich am Flughafen befindet, desto höher ist auch der Beitrag des Flugbetriebs an der UFP-Konzentration. Am stärksten von der Belastung betroffen sind die Regionen, die sich in der Abluft des Flughafens befinden. Hauptsächlich verantwortlich für das Aufkommen der Schadstoffe ist der Ausstoß auf dem Flughafengelände selbst (durch Verbrennungsprozesse während der Abfertigung des Flugzeugs, Rollen auf dem Feld, Starts und Landungen), aber auch Emissionen bei niedriger Flughöhe (z. B. im Landeanflug unter 400 Metern Höhe). Das Messnetz am Flughafen Frankfurt ist Vorbild bei der Messung von flugverkehrsspezifisch verursachtem UFP in Deutschland.

Inzwischen hat auch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz die Einrichtung zweier Messstandorte im Flughafenumfeld zugesichert und die Universität Bayreuth sowie das Helmholtz-Zentrum München damit beauftragt. Die Stationen sollen auf der Gemarkung der Stadt Freising sowie der Gemeinde Hallbergmoos stehen. Die Messungen sollen zu einer Erweiterung der bislang eher geringen Datenlage in Bezug auf ultrafeine Partikel beitragen und somit weiterführende Forschung zu den Auswirkungen der Partikel auf die menschliche Gesundheit ermöglichen.

Weiterhin ablehnend gegenüber UFP-Messungen unmittelbar auf dem Flughafengelände zeigt sich dagegen die Flughafen München GmbH (FMG). Selbst die bereits auf dem Gelände des Flughafens bestehenden stationären Messstandorte will die FMG wegen „grundsätzlicher Bedenken“ nicht zur Verfügung stellen. Mit dieser Blockadehaltung verweigert sich die Flughafengesellschaft ihrer Verantwortung. Die FMG profitiert vom Flugverkehr und muss dementsprechend auch dazu beitragen, die negativen Folgen des Flugaufkommens für die Gesundheit der Menschen in der Flughafenregion zu

kompensieren. Die FMG muss ihre Blockadehaltung gegenüber UFP-Messungen unmittelbar auf dem Flughafengelände aufgeben und mit Blick auf die Schaffung einer breiteren Datengrundlage und die Möglichkeit zu weiterführender Forschung endlich kooperieren.